

Vorlage Nr. 172/15

Betreff: **Resolution zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Integrationsrat			20.05.2015		Berichterstattung durch:		Herrn Gausmann		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Sozialausschuss			09.06.2015		Berichterstattung durch:		Herrn Linke Herrn Gausmann		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Rat der Stadt Rheine			23.06.2015		Berichterstattung durch:		Herrn Roscher Herrn Berardis Herrn Linke		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				

Betroffene Produkte

220	Leistungen zur Grundversorgung
2204	Betreuung von Migranten

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

--

Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> einmalig + jährlich						
<table style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ergebnisplan</td> <td style="width: 50%;">Investitionsplan</td> </tr> <tr> <td>Erträge</td> <td>Einzahlungen</td> </tr> <tr> <td>Aufwendungen</td> <td>Auszahlungen</td> </tr> </table>	Ergebnisplan	Investitionsplan	Erträge	Einzahlungen	Aufwendungen	Auszahlungen
Ergebnisplan	Investitionsplan					
Erträge	Einzahlungen					
Aufwendungen	Auszahlungen					
Finanzierung gesichert <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein durch <input type="checkbox"/> Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt <input type="checkbox"/> Mittelumichtung aus Produkt / Projekt <input type="checkbox"/> sonstiges (siehe Begründung)						

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja

Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Integrationsrates und des Sozialausschusses die von der SPD-Fraktion vorgelegte Resolution zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund *und das Land NRW*.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Stadt Rheine
z.H. Frau Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder
Rathaus

48431 Rheine

20.04.2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

angesichts der steigenden Kosten bei der Unterbringung von Flüchtlingen auch in Rheine, bringt die SPD-Fraktion die nachfolgende Resolution ein. Angesichts der Dringlichkeit wird um schnellst mögliche Beratung und Beschlussfassung im Rat, oder Haupt- und Finanzausschuss gebeten.

Resolution des Rates der Stadt Rheine

Der Bund muss die Kommunen von den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vollständig entlasten!

Die Stadt Rheine bekennt sich zu ihrer humanitären Verpflichtung und Verantwortung, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten. Die Integration von Flüchtlingen ist für unsere Gesellschaft auch mit vielen Chancen verbunden. Dafür müssen wir den passenden Rahmen schaffen, etwa über einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder einen erleichterten Zugang zu Sprachkursen. Bund und Land dürfen die Kommunen bei der Bewältigung der Folgen internationaler Konflikte und Krisen aber nicht alleine lassen.

Im Jahr 2015 sind insgesamt 85.394 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingegangen; im Vergleich zum Vorjahr mit 37.820 Asylanträgen bedeutet dies eine Verdoppelung der Antragszahlen (+125,8 %). (Asylgeschäftsstatistik für den Monat März 2015, S. 3). Mit diesem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen geht der rasante Anstieg der kommunalen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung einher. Die Flüchtlingsströme wurden bisher massiv unterschätzt, so dass kurzfristige Hilfe erforderlich ist.

Die eingeleiteten Sofortmaßnahmen von Land und Bund, in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, sind ein wichtiger Beitrag, decken aber immer noch bei Weitem nicht die Kosten, die in u.a. auch in unserer Stadt für die Versorgung und Unterbringung, ganz zu schweigen von Betreuungs- und Integrationsangeboten wie Sprachkursen entstehen. Dies alles sind schwere Belastungen für unseren sehr angespannten Haushalt, denn

aufgrund der unzureichenden Kostenübernahmen werden vor allem die finanzschwachen Kommunen in NRW überproportional belastet.

Die Stadt Rheine sieht Bund und Land in der Pflicht, die Kommunen weiterhin spürbar zu entlasten. Wir schließen uns ausdrücklich der Forderung an, dass der Bund unverzüglich die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vollständig übernehmen muss. Dabei sind auch die kommunalen Integrationskosten und die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Roscher

(Fraktionsvorsitzender)

Begründung:

Auf die Resolution wird verwiesen.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass auch das Land NRW Adressat der Resolution sein sollte, da es zunächst originäre Aufgabe des Landes ist, die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten.

So gestalten sich die Finanzierungen in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Die Länder Bremen, Hamburg und auch Bayern übernehmen z. B. die Kosten der Aufnahme und der Unterbringung zu 100 %